

Wirtschaftspolitik

Roland Döhrn/Wim Kösters

Die Konjunktur in der Europäischen Union hat sich im Verlauf des Jahres 2018 abgekühlt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Europäischen Union nahm im dritten und im vierten Quartal 2018 nur um jeweils 0,3 Prozent gegenüber dem Vorquartal zu, nachdem das Plus im ersten und im zweiten Quartal noch jeweils etwa 0,4 Prozent betragen hatte. Im Jahresdurchschnitt bedeutet dies ein Zuwachs um nur noch 2,0 Prozent nach 2,5 Prozent im Jahr 2017. Deutlicher fiel die Abkühlung im Euroraum aus, wo auf Quartalsraten von jeweils 0,4 Prozent in der ersten Jahreshälfte ein Zuwachs um nur 0,1 Prozent im dritten und 0,2 Prozent im vierten Quartal folgte. Die Jahresdurchschnittsrate ging hier von 2,4 Prozent auf 1,9 Prozent zurück.

Schwache Konjunktur in Deutschland, Frankreich und Großbritannien

Ausgangspunkt der Abkühlung waren die großen Volkswirtschaften. In Deutschland stagnierte das BIP in der zweiten Jahreshälfte nahezu, im Wesentlichen infolge eines kräftigen Rückgangs der Produktion von Kraftwagen. Dieser wurde ausgelöst durch Probleme der Unternehmen, einen ab dem 1. September 2018 vorgeschriebenen, europaweit geltenden neuen Abgas- und Verbrauchstest rechtzeitig umzusetzen. Die italienische Wirtschaft rutschte gar in eine Rezession, zu der politische Unsicherheit und, damit verbunden, ein Anstieg des Zinsaufschlags auf italienische Anleihen beigetragen haben. In Frankreich war die Expansion zur Jahresmitte ebenfalls schwach, jedoch belebte sich die Konjunktur gegen Jahresende wieder deutlich. Dabei war sicherlich ein Faktor, dass auch die französische Automobilindustrie wegen der Umsetzung des neuen Abgas- und Verbrauchstests die Produktion vorübergehend einschränkte, diese aber bereits im vierten Quartal wieder steigerte. In Großbritannien schließlich war es wohl die Unsicherheit über den bevorstehenden Austritt aus der Europäischen Union, die die gesamtwirtschaftliche Expansion dämpfte.

Im ersten Quartal des Jahres 2019 nahm das BIP wieder beschleunigt zu, um 0,4 Prozent gegenüber dem Vorquartal. Ob dies der Beginn einer nachhaltigen Konjunkturbelebung ist, ist allerdings zu bezweifeln. Wichtige Konjunkturindikatoren wie die Auftragseingänge in der Industrie sind in den meisten Ländern abwärtsgerichtet, und die Stimmung unter den Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe hat sich eingetrübt. Die kräftigere Zunahme des BIP in Großbritannien reflektiert wohl, dass viele Unternehmen, um für den – inzwischen verschobenen – EU-Austritt und damit drohende Lieferengpässe gewappnet zu sein, ihre Lager aufstockten.

Der Arbeitsmarkt trotzte bisher der konjunkturellen Verlangsamung. Die Arbeitslosenquote ging in der Europäischen Union insgesamt von 7,6 Prozent im Jahresdurchschnitt 2017 auf 6,8 Prozent im Jahr 2018 zurück. Am Jahresende lag sie (saisonbereinigt) bei 6,6 Prozent. Sie war ausnahmslos in allen 28 Ländern rückläufig.¹ Deutlich über dem EU-Durchschnitt liegen weiterhin Griechenland, Spanien und Italien, die noch zweistellige

1 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Beschäftigungs- und Sozialpolitik“ in diesem Jahrbuch.

Arbeitslosenquoten aufweisen. Zu Beginn des Jahres 2019 setzte sich der Abbau der Arbeitslosigkeit fort, wenn auch verlangsamt. Im April betrug die Arbeitslosenquote saisonbereinigt 6,4 Prozent.

Bei alledem blieb der Preisanstieg moderat und auch die Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedstaaten gering. Zwar überstieg die Teuerungsrate im Euroraum wie in der Europäischen Union insgesamt in der zweiten Hälfte des Jahres zeitweise die Marke von 2 Prozent, dies jedoch allein aufgrund steigender Energiepreise. Die Kerninflation – also die Verbraucherpreise ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel – blieb mehr oder weniger unverändert, so auch in den ersten Monaten des Jahres 2019. Deutlich über dem Durchschnitt liegende Inflationsraten findet man lediglich in Rumänien und zuletzt auch in Lettland.

Finanzpolitik lockert ihren Kurs

Die Finanzpolitik hat über alle EU-Mitgliedstaaten gesehen ihren Konsolidierungskurs im Jahr 2018 fortgesetzt, wenn auch nur in geringem Maße. Zwar hat sich das Budgetdefizit in der Europäischen Union insgesamt wie auch im Euroraum weiter deutlich von 1 Prozent in Relation zum BIP im Jahr 2017 auf 0,6 Prozent (Europäische Union) beziehungsweise 0,5 Prozent (Euroraum) vermindert. Dies war aber zum einen die Folge erneut sinkender Zinsaufwendungen, weil weiterhin hochverzinsliche Staatspapiere durch solche mit einem geringeren Zinssatz ersetzt werden. Zum anderen kam es weiterhin zu konjunkturbedingt steigenden Steuereinnahmen und sinkenden Ausgaben. Der strukturelle Primärsaldo, der um konjunkturelle Effekte und um die Zinsausgaben bereinigt ist, verbesserte sich nur leicht um 0,1 Prozentpunkte; in den Jahren 2016 und 2017 hatte sich dieser Saldo tendenziell etwas verschlechtert.

Einen anderen Eindruck vermittelt der Blick auf einzelne Länder. Der Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten wurde im Jahr 2018 nämlich stark durch Deutschland geprägt, dessen struktureller Primärsaldo sich von 1,6 Prozent (2017) auf 2,3 Prozent (2018) in Relation zum BIP verbesserte. Daneben wiesen unter den Euroraum-Ländern nur Luxemburg, Österreich und Portugal, sowie von den restlichen EU-Mitgliedstaaten nur Bulgarien, Polen und Großbritannien einen verbesserten Saldo auf.

Für die Jahre 2019 und 2020 ist nach der jüngsten Prognose der Europäischen Kommission, die sich auf die aktuellen Haushaltsplanungen stützt, insgesamt gesehen eine leicht expansive Ausrichtung der Finanzpolitik zu erwarten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Prognose für Italien insbesondere für 2019 eine nur geringe Verschlechterung des konjunkturbereinigten Budgetsaldos ausweist. Der zwischen der Europäischen Kommission und der Regierung geschlossene Kompromiss über die Haushaltsführung Italiens steht jedoch auf wackligen Füßen und ein höheres Defizit ist wahrscheinlich.

Geldpolitik schiebt Zinserhöhungen auf die lange Bank

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat, wie Mitte des vergangenen Jahres angekündigt, die im Rahmen des Wertpapierkaufprogramms der Europäischen Union (Asset Purchase Programme, APP) getätigten Nettoaufkäufe von Wertpapieren zum Ende des Jahres 2018 eingestellt und damit die geldpolitische Wende eingeleitet. Sie kauft aber weiterhin im Umfang der fällig werdenden Wertpapiere nach. Zudem hat sie ihre Leitzinsen bislang auf dem seit dem 16. März 2016 geltenden niedrigen Niveau belassen. Die Einlagenfazilität liegt also weiterhin bei minus 0,4 Prozent und der Hauptrefinanzierungssatz bei 0 Prozent.

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren der EU-Länder

	Reales Wirtschaftswachstum ¹				Anstieg der Verbraucherpreise ²				Arbeitslosenquote ³				Finanzierungssaldo des öffentlichen Haushalts ⁴			
	2016	2017	2018	2019	2016	2017	2018	2019	2016	2017	2018	2019	2016	2017	2018	2019
Belgien	1.5	1.7	1.4	1.4	2.2	2.1	2.2	2.2	7.8	7.1	6.0	6.0	-2.4	-0.8	-0.7	-0.7
Deutschland	2.2	2.2	1.4	1.4	1.6	1.5	1.7	1.7	4.1	3.8	3.4	3.4	0.9	1.0	1.7	1.7
Estland	3.5	4.9	3.9	3.9	2.4	3.8	3.3	3.3	6.8	5.8	5.4	5.4	-0.3	-0.4	-0.6	-0.6
Finnland	2.8	2.7	2.3	2.3	1.1	0.5	1.3	1.3	8.8	8.6	7.4	7.4	-1.7	-0.8	-0.7	-0.7
Frankreich	1.1	2.3	1.7	1.7	0.8	1.2	1.9	1.9	10.1	9.4	9.1	9.1	-3.5	-2.8	-2.5	-2.5
Griechenland	-0.2	1.5	1.9	1.9	0.3	1.0	0.6	0.6	23.6	21.5	19.3	19.3	0.5	0.7	1.1	1.1
Irland	5.0	7.2	6.7	6.7	-0.2	0.5	0.8	0.8	8.4	6.7	5.8	5.8	-0.7	-0.3	0.0	0.0
Italien	1.1	1.7	0.9	0.9	0.5	1.0	1.2	1.2	11.7	11.2	10.6	10.6	-2.5	-2.4	-2.1	-2.1
Lettland	2.1	4.6	4.8	4.8	2.1	2.2	2.5	2.5	9.6	8.7	7.4	7.4	0.1	-0.6	-1.0	-1.0
Litauen	2.4	4.1	3.5	3.5	2.0	3.8	1.8	1.8	7.9	7.1	6.2	6.2	0.2	0.5	0.7	0.7
Luxemburg	2.4	1.5	2.6	2.6	1.6	1.6	1.9	1.9	6.3	5.6	5.4	5.4	1.9	1.4	2.4	2.4
Malta	5.6	6.8	6.7	6.7	1.0	1.3	1.2	1.2	4.7	4.0	3.7	3.7	0.9	3.4	2.0	2.0
Niederlande	2.2	2.9	2.7	2.7	0.7	1.2	1.8	1.8	6.0	4.9	3.8	3.8	0.0	1.2	1.5	1.5
Österreich	2.0	2.6	2.7	2.7	1.6	2.3	1.7	1.7	6.0	5.5	4.9	4.9	-1.6	-0.8	0.1	0.1
Portugal	1.9	2.8	2.1	2.1	0.9	1.6	0.6	0.6	11.2	9.0	7.0	7.0	-2.0	-3.0	-0.5	-0.5
Slowakei	3.1	3.2	4.1	4.1	0.2	2.0	1.9	1.9	9.7	8.1	6.5	6.5	-2.2	-0.8	-0.7	-0.7
Slowenien	3.1	4.9	4.5	4.5	0.6	1.9	1.4	1.4	8.0	6.6	5.1	5.1	-1.9	0.0	0.7	0.7
Spanien	3.2	3.0	2.6	2.6	1.4	1.2	1.2	1.2	19.6	17.2	15.3	15.3	-4.5	-3.1	-2.5	-2.5
Zypern	4.8	4.5	3.9	3.9	0.1	-0.4	1.0	1.0	13.0	11.1	8.4	8.4	0.3	1.8	-4.8	-4.8
Euro-Raum	1.9	2.4	1.9	1.9	1.1	1.3	1.5	1.5	10.0	9.1	8.2	8.2	-1.6	-1.0	-0.5	-0.5
Bulgarien	3.9	3.8	3.1	3.1	-0.5	1.8	2.3	2.3	7.6	6.2	5.2	5.2	0.1	1.2	2.0	2.0
Dänemark	2.4	2.3	1.4	1.4	0.3	0.8	0.7	0.7	6.2	5.7	5.0	5.0	-0.1	1.4	0.5	0.5
Kroatien	3.5	2.9	2.6	2.6	0.7	1.3	1.0	1.0	13.4	11.0	8.5	8.5	-1.0	0.8	0.2	0.2
Polen	3.1	4.8	5.1	5.1	0.9	1.7	0.9	0.9	6.2	4.9	3.9	3.9	-2.2	-1.5	-0.4	-0.4
Rumänien	4.8	7.0	4.1	4.1	-0.1	2.6	3.0	3.0	5.9	4.9	4.2	4.2	-2.7	-2.7	-3.0	-3.0
Schweden	2.7	2.1	2.4	2.4	1.7	1.7	2.2	2.2	6.9	6.7	6.3	6.3	1.0	1.4	0.9	0.9
Tschechien	2.5	4.4	2.9	2.9	2.1	2.2	1.6	1.6	4.0	2.9	2.2	2.2	0.7	1.6	0.9	0.9
Ungarn	2.3	4.1	4.9	4.9	1.8	2.2	2.8	2.8	5.1	4.2	3.7	3.7	-1.6	-2.2	-2.2	-2.2
EU ohne GB	2.1	2.6	2.1	2.1	1.1	1.4	1.6	1.6	9.1	8.1	7.3	7.3	-1.4	-0.8	-0.8	-0.8
Großbritannien	1.8	1.8	1.4	1.4	1.6	3.0	2.1	2.1	4.8	4.3	4.0	4.0	-2.9	-1.9	-1.5	-1.5
EU insgesamt	2.0	2.5	2.0	2.0	1.1	1.6	1.6	1.6	8.6	7.6	6.8	6.8	-1.7	-1.0	-0.6	-0.6

Eigene Berechnungen nach Angaben von EUROSTAT und nationalen Quellen. – Jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des realen BIP. –²EU: Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVP). –³Standardisierte Arbeitslosenquote nach EUROSTAT, Jahresdurchschnitt. –⁴In % des BIP.

In den einleitenden Bemerkungen zur Pressekonferenz im Anschluss an die Sitzung des EZB-Rates vom Januar 2019 war noch die Rede davon, die Zinsen mindestens bis Sommer 2019 auf dem damaligen Niveau zu belassen – freilich mit dem Zusatz „in jedem Fall so lange wie erforderlich“. Aufgrund der seitdem eingetretenen Eintrübung der Konjunkturaussichten wurde nach der Sitzung des EZB-Rates vom 6. Juni 2019 ein Festhalten an den niedrigen Zinsen bis in die erste Hälfte des Jahres 2020 hinein in Aussicht gestellt.

Zugleich hat die EZB im März 2019 ein neues langfristiges Refinanzierungsgeschäft mit zweijähriger Laufzeit beschlossen. Es soll das allmählich auslaufende Programm ersetzen, wirkt also per saldo nicht expansiv, sondern soll eine Verschlechterung der Refinanzierungsbedingungen für Banken verhindern. Angesichts der sich verschlechternden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen fällt es der EZB schwer, ihre expansive Politik zu beenden.

Handelspolitische Spannungen dämpfen Konjunktur

Eine Ursache der Abschwächung der Konjunktur seit Jahresmitte 2018 ist die zunehmend protektionistische Politik der Vereinigten Staaten von Amerika (USA). Am Anfang stand die Verhängung von Strafzöllen für Stahl (25 Prozent) und Aluminium (10 Prozent) gegenüber den meisten Industrieländern. Um eine Handelsumlenkung in die Europäische Union zu vermeiden, reagierte die Europäische Kommission mit Safeguard-Maßnahmen. Zudem verhängten die USA Strafzölle auf Importe aus China, auf die China mit Retaliationsmaßnahmen reagierte. Angedroht wurden seitens des US-Präsidenten unter anderem Strafzölle auf Automobile (25 Prozent) gegenüber Europa und Zölle auf mexikanische Waren, sollte das Land nicht die Zuwanderung aus Mittelamerika stoppen. Durch die Weigerung der US-Regierung, die Vakanz in den Schiedsstellen der Welthandelsorganisation (WTO) zu besetzen, wird zudem die Funktionsfähigkeit der WTO gefährdet. Insgesamt nimmt so die in der Nachkriegszeit gewachsene multilaterale Welthandelsordnung erheblichen Schaden.

Als Folge expandierte der Welthandel zuletzt kaum. Noch gravierender für die Weltwirtschaft dürfte die mit dem protektionistischer werdenden Klima einhergehende Verunsicherung der Unternehmen sein. Diese schlägt sich in einer deutlichen Zurückhaltung bei den Investitionen nieder, die sich dämpfend auf die weltwirtschaftliche Expansion auswirkt.

Der britische EU-Austritt als zusätzliches Belastungsmoment

Aber nicht nur der neue US-amerikanische Protektionismus hat für mehr Unsicherheit in der Weltwirtschaft gesorgt, sondern auch die Hängepartie um den britischen EU-Austritt. Dieser wurde nach nunmehr über zwei Jahren zähen Verhandlungen, end- und ergebnislosen Debatten im Unterhaus und einem Scheitern der Regierung von Theresa May erst einmal auf den Oktober 2019 vertagt. Die Gefahr, dass es dann zu einem definitiven Austritt aus dem EU-Binnenmarkt („harter“ Austritt) kommt, ist dabei erheblich gestiegen.

Die ökonomischen Folgen des Austritts sind schwer abschätzbar: Je nach Art des Austritts könnten in den nächsten zehn Jahren Verluste beim BIP in Großbritannien von bis zu 10 Prozent und in der Europäischen Union von bis zu 1,5 Prozent eintreten.² Ein „harter“ EU-Austritt ohne vertragliche Regelung dürfte dabei, wie Simulationen des Internationalen Währungsfonds (IWF) zeigen, gravierendere Folgen haben als ein geordneter Übergang, und sie könnten auch früher wirksam werden.³ Regional dürften sich die Auswirkungen auf die Europäische Union beträchtlich unterscheiden. Für Irland dürften sie etwa so groß sein wie

2 Für einen Überblick vgl. die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Aufschwung verliert an Fahrt – Weltwirtschaftliches Klima wird rauer. Gemeinschaftsdiagnose vom Herbst 2018, Essen, S. 27-32.

für Großbritannien selbst, für die zentraleuropäischen EU-Mitgliedstaaten ist mit überdurchschnittlichen Effekten zu rechnen.

Die Austrittsentscheidung hat die wirtschaftliche Entwicklung Großbritanniens bereits gehemmt. Seit Ende 2016 wertete das britische Pfund um 10 Prozent gegenüber dem Euro und ungefähr 20 Prozent gegenüber dem Dollar ab. Die Aktienkurse stiegen zwar seit dem Referendum um etwa 20 Prozent, jedoch in Dollar gerechnet nur um etwa 6 Prozent, deutlich schwächer als in anderen Industrieländern, in denen ein Anstieg um etwa 30 Prozent (gemessen am „MSCI World Index Developed Countries“) zu verzeichnen war. Hinzu kam eine Investitionszurückhaltung der Unternehmen und ein Rückzug einiger Investoren von der Insel. Insgesamt fiel das britische Wachstum im internationalen Vergleich zurück. Zählte das Land vor 2016 zu den Industrieländern mit den höchsten Wachstumsraten, so gehört es nun zu jenen mit den niedrigsten. Die Arbeitslosigkeit ging gleichwohl weiter zurück, wozu eine schwächere Zuwanderung aus der übrigen Europäischen Union, die bei der Referendumsentscheidung eine große Rolle gespielt hatte, beigetragen haben dürfte.

Die Aushandlung neuer Freihandelsabkommen, die als Ersatz für die gemeinsamen mit der Europäischen Union ausgehandelten Abkommen geschaffen werden sollen, verlief für Großbritannien recht zäh. Dies ist angesichts der im Vergleich zur Europäischen Union geringeren Verhandlungsmacht Großbritanniens und den gegenwärtigen Turbulenzen in der Weltwirtschaft nicht verwunderlich.

Erfolgreicher Abschluss neuer Handelsabkommen

Indessen war die Europäische Union erfolgreich beim Abschluss neuer Freihandelsabkommen mit Korea, Vietnam und Japan. Zudem konnten nach 20 Jahren die Verhandlungen mit dem Gemeinsamen Markt Südamerikas (Mercosur) abgeschlossen werden, wodurch für 780 Mio. Menschen der größte Freihandelsraum der Welt entsteht. Nach Angaben der Europäischen Kommission sind in den vergangenen fünf Jahren Abkommen mit 15 Staaten in Kraft getreten. Dadurch wird das regelbasierte multilaterale Welthandelssystem gestärkt und ein Gegengewicht zum neuen US-amerikanischen Protektionismus gesetzt.

Das Freihandelsabkommen mit Mercosur dürfte wegen des Wachstumspotenzials Südamerikas und der bisher hohen Zollschränken lateinamerikanischer Staaten den Handel mit der Europäischen Union erheblich wachsen lassen und damit zur Erhöhung des Wohlstands in beiden Regionen beitragen. Dies ist ein großer Erfolg der EU-Außenhandelspolitik, da starke Bedenken Frankreichs wegen der Auswirkungen auf die Landwirtschaft und viele Vorbehalte lateinamerikanischer Länder überwunden wurden. Ein klimapolitisches Risiko besteht insofern, als Mercosur-Staaten ihre Weide- und Anbauflächen ausweiten könnten, um mehr Fleisch und Soja auszuführen.

Herausforderungen durch das Seidenstraßen-Projekt Chinas

Die Aktivitäten Chinas in Europa im Rahmen seines Seidenstraßen-Projekts eröffnen Chancen für eine engere Zusammenarbeit, stellen aber auch eine Herausforderung für den Zusammenhalt der Europäischen Union dar. So hat sich Italien als einziges Land der G8 im März 2019 für eine engere Zusammenarbeit mit China entschieden, was in der Europäischen Union mit Skepsis betrachtet wurde. Seit einigen Jahren finden Treffen des chinesischen Ministerpräsidenten

3 Nach Modellrechnungen des Internationalen Währungsfonds hätte ein harter Brexit im Vergleich zu seiner Basisprognose, der ein geordneter Brexit zugrunde liegt, einen zusätzlichen dämpfenden Effekt auf die britische Wirtschaftsleistung in der Größenordnung von 3,5 Prozent bis 2021. Vgl. Internationaler Währungsfonds: Growth Slowdown, Precarious Recovery. World Economic Outlook April 2019, S. 28-31.

mit 16 osteuropäischen Regierungschefs statt, unter ihnen Vertreter von elf östlichen EU-Mitgliedstaaten. Das jüngste dieser „16+1-Treffen“ fand im April 2019 im kroatischen Dubrovnik statt. Eine Gefahr dieser engeren Kontakte wird darin gesehen, dass es zu einer weiteren Entfremdung Osteuropas von der Europäischen Union und Hinwendung zu China kommen könnte. Es wird befürchtet, dass aus der Finanzierung von zwei Großprojekten in Montenegro und Bosnien-Herzegowina und deren Absicherung durch Bürgschaften dieser Länder eine Überschuldung entstehen könnte, zumal die Finanzierung gegen europäisches Beihilferecht verstoße, was den EU-Beitritt dieser Länder erschweren würde.

Geringe Fortschritte mit Blick auf die Vollendung der Währungsunion

Seit der Vorlage eines gemeinsamen Berichts der damaligen Präsidenten der fünf wichtigsten EU-Institutionen zur Vollendung der Währungsunion und eines Reformprogramm vor vier Jahren ist wenig geschehen. Zuletzt haben die EU-Staats- und Regierungschefs auf ihrem Gipfel am 21. Juni 2019 wichtige Entscheidungen verfasst. So konnte immer noch keine Einigung über das „Finanzinstrument für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit“, womit ein vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron vorgeschlagenes Eurozonenbudget gemeint ist, erzielt werden. Selbst über die Höhe des Budgets wird weiter diskutiert. Sie soll in den Beratungen über den mittelfristigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 festgelegt werden. Gegenwärtig ist nur noch von einem niedrigen zweistelligen Milliardenbetrag über einen siebenjährigen Zeitraum die Rede, was weit unter den ursprünglichen Vorstellungen Macrons läge. Auch über die inhaltliche Ausgestaltung wird gestritten: Der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte ist dezidiert dagegen, dass Mittel für stabilisierungspolitische Zwecke ausgegeben werden. Er wird von einer informellen Gruppe nördlicher EU-Mitgliedstaaten (Dänemark, Schweden, Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Irland, aber auch Belgien, Österreich, Tschechien und Slowakei) unterstützt, die inzwischen als „Hansegruppe“ bezeichnet wird. Sie setzt sich für ein wirtschaftlich stärkeres Europa ein und stellt sich damit gegen eine von Frankreich favorisierte zentralistische Politik.

In der Kritik stehen weiterhin die Regeln des EU-Stabilitätspaktes und ihre Handhabung durch die Kommission. So moniert die Deutsche Bundesbank die Ermessensspielräume Letzterer, die es ermöglichen, anhaltend grobe Zielverfehlungen zu entschuldigen. Die Kommission handle zu politisch und teilweise willkürlich. Die Bundesbank plädierte für einfache, nachvollziehbare und wirklich bindende Regeln des Stabilitätspaktes. Ihre Überwachung solle auf eine unabhängige, weniger politische Institution übertragen werden.

Kritiker können sich durch die jüngsten Erklärungen der Regierung Italiens und die Reaktion der Europäischen Kommission bestätigt fühlen. Erstere ließ verlauten, dass sie sich nicht an die Haushaltskriterien des Stabilitätspaktes gebunden fühle. Mit den von ihr beschlossenen Maßnahmen steuert Italien auf ein Haushaltsdefizit von 5 Prozent zu. Die Regierung denkt über die Ausgabe von „Mini-Bots“ nach, um Lieferschulden des Staates zu bezahlen. Je nach Ausgestaltung könnte damit eine Parallelwährung geschaffen oder der Schuldenstand erhöht werden, was beides Vertragsverletzungen darstellen würde. Trotzdem hat die Kommission beschlossen, vorerst kein Verfahren gegen Italien einzuleiten.

Weiterführende Literatur

Deutsche Bundesbank: Europäischer Stabilitäts- und Wachstumspakt: Zu einzelnen Reformoptionen. Monatsbericht April 2019, Frankfurt am Main 2019, S. 79–94.

Europäische Kommission: European Economic Forecast Spring 2019. European Economy Institutional Paper 102, Brüssel 2019.